

Fünf Kandidaten im Wahl-Gespräch

Rente mit 67

Frage: Die Rente mit 67 Jahren ist unter der jetzigen CDU-SPD-Koalition beschlossen worden. Werden sie sich im neuen Bundestag für den Fortbestand dieser Regelung einsetzen?

Manfred Kolbe: Es war eine notwendige Regelung. Die CDU steht zur umlagenfinanzierten Rente. Diese hat sich gerade in der Krise des letzten Jahres als wesentlich beständiger erwiesen als rein kapitalgestützte Renten. Eine umlagenfinanzierte Rente kann nur bestehen, wenn wir ein Gleichgewicht zwischen Beitragszahlern auf der einen Seite und Rentnern auf der anderen Seite haben. Aufgrund der demografischen Entwicklung haben wir im Moment drei Beitragszahler auf einen Rentner. Im Jahr 2015 werden es nur noch zwei Beitragszahler auf einen Rentner sein, weil die Menschen weniger Kinder bekommen, und da die Menschen – was schön ist – länger leben und damit auch länger Renten beziehen. Allein in Ostdeutschland ist die Lebenserwartung seit 1989 um sechs Jahre gestiegen. Es gibt drei Möglichkeiten, um diese Ungleichgewichte auszubalancieren. Man kann die Beiträge erhöhen, man kann die Renten absenken oder man kann die Lebensarbeitszeit verlängern. Wir sind als Koalition diesen Weg gegangen, weil wir ihn für sozial am verträglichsten halten. Bei sechs Jahren höherer Lebenserwartung, sind auch zwei Jahre längere Arbeitszeit möglich. Wobei man da differenzieren muss: Natürlich muss man mit 67 nicht mehr aufs Dach steigen, aber es gibt auch viele Berufe, in denen man mit 67 noch arbeiten kann. Das ist auch eine Frage der individuellen Gesundheit.

Bundestagswahl 2009

Jens Kabisch: Aufgrund der Situation, dass sich die Sozialsysteme nicht selbst tragen, ist die Rente mit 67 die richtige Lösung. Aber: Ich bitte darum, dass in der 17. Legislaturperiode eine Lebensarbeitszeitregelung ins Gesetz geschrieben wird. Das heißt, dass diejenigen, die 40 Jahre oder 45 Jahre gearbeitet haben, eher in Rente gehen dürfen. Außerdem brauchen wir Modelle wie Altersteilzeit oder Vorruhestand. Danach lechzt die Bevölkerung. Grundsätzlich ist die Rente mit 67 eine schwierige aber eine richtige Entscheidung.

Frage: Herr Hettlich, wie haben Sie über die Rente mit 67 Jahren abgestimmt?

Peter Hettlich: Wir haben dagegen gestimmt. Tatsache ist: Schon heute ist über ein Drittel der Rente steuerfinanziert. Das heißt, bei 24 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist klar, dass es so auf Dauer nicht weitergehen kann. Auswegen werden wir eine immer stärker steuerfinanzierte Komponente haben. Als jemand, der Selbstständiger gewesen ist, finde ich, dass auch Selbstständige ihren Anteil daran leisten müssen. Ich komme aus der Baubranche und denjenigen der da noch mit 60 Jahren arbeiten kann, müssen Sie mir zeigen. Die meisten Leute sind einfach kaputt. Und es ist naiv zu sagen, dann müssen die in den letzten sieben Jahren einen anderen Beruf ausüben. Deswegen müssen wir das System umbauen.



Peter Hettlich (Grüne)

Frage: Nennen sie doch mal eine Zahl für den Renteneintritt!

Peter Hettlich: 65 Jahre war eine erprobte Regelung. Wir brauchen natürlich für besonders schwere Berufe andere Lösungen.

Frage: Herr Porsch, auch die Linke ist gegen die Rente mit 67. Welche Alternativen bieten Sie.

Peter Porsch: Eine Bürgerversicherung, in die wirklich alle einzahlen, ist die Lösung. Das Prinzip, dass jeder in eine Versicherung einzahlt, der eine sozialversicherungspflichtige Arbeit hat und Steuern zahlt, ist richtig. Die Bürgerversicherung ist einfacher, intelligenter und wirkungsvoller als die Rente mit 67 Jahren. In der Schweiz hat man das System und da funktioniert es.

Frage: Die FDP stellt gern ihre wirtschaftliche Kompetenz heraus. Herr Horbas, reicht das Renteneintrittsalter von 67 Jahren überhaupt aus, um dem künftig erwarteten Fachkräftemangel zu begegnen?

Rainer Horbas: Nicht nur als Jurist meine ich, dass die Begründung des Bundesverfassungsgericht einleuchtend war. Ich halte es für richtig, dass der Aufwand, zur Arbeit zu kommen, auch steuerlich berücksichtigt wird und da wird die FDP auch nicht dran rütteln.

Jens Kabisch: Ich halte es für einen Fehler, dass der Gesetzgeber das Bundesverfassungsgericht über Gesetze be-

Am 27. September wird der neue Bundestag gewählt. Im OAZ-Wahlgespräch stellten fünf Kandidaten für den Bundestag ihre Standpunkte zu wichtigen politischen Themen vor, die besonders im Landkreis Nordsachsen interessieren. Manfred Kolbe (CDU), Jens Kabisch (SPD), Peter Porsch (Die Linke), Rainer Horbas (FDP) und Peter Hettlich (Bündnis 90/Die Grünen) diskutierten über die Rente mit 67 Jahren, Pendlerpauschale, Mindestlohn und den Gesteinsabbau in Cavertitz und am Liebschützberg. Außerdem erklärten sie, wie sie zukünftig Bürgernähe gewährleisten wollen.



Moderatoren und Bundestagskandidaten im OAZ-Gespräch (v.l.): Prof. Dr. Peter Porsch (Die Linke), Peter Hettlich (Bündnis 90/Die Grünen), die OAZ-Redakteure Frank Hörügel, Hagen Rösner und Kerstin Leppich, Manfred Kolbe (CDU), Jens Kabisch (SPD) und Rainer Horbas (FDP). Fotos: Dirk Hunger

te Voraussetzungen geknüpft sein. Das muss zum Einen eine Lebensarbeitszeit von 45 Jahren sein, zum Zweiten muss gewährleistet sein, dass zumindest das Niveau der Grundversicherung erreicht wird. Wir wollen als FDP die Eigenverantwortung stärken. Wir wollen, dass jeder die Möglichkeit hat, eine private Altersvorsorge zu beginnen. Das sollte man fördern und steuerlich attraktiv gestalten.

Frage: Das wäre dann aber mit Rentenkürzungen verbunden.

Rainer Horbas: Sicherlich.

Rentenkasse für alle?

Frage: Herr Manfred Richter aus Oschatz fragt: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass künftig alle in die Rentenkasse einzahlen – also auch Beamte? Aus seiner Sicht wäre dann die Finanzierung des Rentensystems gesichert.

Manfred Kolbe: Ja. Das jetzige System ist traditionell überliefert und ist nicht mehr aufrecht zu erhalten. Nur löst der Vorschlag allein das Problem nicht, weil dann auch die Pensionen aus der Rentenkasse bezahlt werden müssen. Ich halte es für gerechter, das System zu vereinheitlichen, aber das Problem löst es leider auch nicht.

Jens Kabisch: Ein klares Ja, weil es die Finanzierung auf eine breitere Basis stellt. Stichwort Bürgerversicherung.

Rainer Horbas: Ja, das ist auch eine Frage des Gerechtigkeitsempfindens, das in der Bevölkerung eine große Rolle spielt.

Peter Porsch: Ja, ich meine es sollten alle einzahlen, auch Freiberufler und Leute, die Gewinne aus unternehmerischer Tätigkeit haben. Und dann ist die Rente sicher.

Peter Hettlich: Ja, ich hätte auch kein Problem damit, wenn auch die Altersvorsorge der Bundestagsabgeordneten auf dieses System umgestellt wird. In NRW gibt es das ja mittlerweile für die Landtagsabgeordneten.

Pendlerpauschale

Frage: Unsere Region ist eher strukturschwach. Viele Arbeitnehmer pendeln nach Leipzig, Dresden oder Chemnitz. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass dieses Thema auch in dieser Legislaturperiode wieder anstehen wird. Wie stehen sie dazu?

Manfred Kolbe: Ich war schon vor vier Jahren gegen die Streichung der Pendlerpauschale. Wir dürfen nicht die bestrafen, die für einen Arbeitsplatz weite Wege auf sich nehmen. Im Gegenteil, wir müssen sie steuerlich entlasten.

Rainer Horbas: Nicht nur als Jurist meine ich, dass die Begründung des Bundesverfassungsgericht einleuchtend war. Ich halte es für richtig, dass der Aufwand, zur Arbeit zu kommen, auch steuerlich berücksichtigt wird und da wird die FDP auch nicht dran rütteln.

Jens Kabisch: Ich halte es für einen Fehler, dass der Gesetzgeber das Bundesverfassungsgericht über Gesetze be-

stimmen lässt. Es hat aber aus meiner Sicht richtig entschieden, indem es die Pauschale wieder eingesetzt hat. Die



Jens Kabisch (SPD)

Pauschale ab Kilometer 21 war unge-

Peter Porsch: Ich habe die Aussetzung der Pendlerpauschale schon immer für eine Schnapsidee gehalten. Da wurde die soziale Frage verquer gedacht. Man muss sich fragen, wieviel „Pendlerpauschale“ haben AMD oder Magna bekommen? Grade im Osten gibt es sehr viele Pendler. Das sieht man jeden Freitag nachmittag auf den Autobahnen von West nach Ost.

Peter Hettlich: Man muss das Thema sicher etwas komplexer sehen. Die Pendlerpauschale hat in vielen Gebieten Deutschlands eine Zersiedelungspolitik voran getrieben. Da es völlig egal war, ob man 50 Kilometer außerhalb wohnt, sind beispielsweise viele von Köln in die Eifel gezogen. Das hat entsprechende Folgen für die Flächenversiegelung, wie auch Frank Kupfer festgestellt hat. Und das bringt Probleme für die Infrastruktur mit sich. Außerdem kommt ein fundamentaler Irrtum hinzu: Je weniger sie verdienen, je weniger Steuern sie zahlen, umso weniger haben sie von der Pendlerpauschale. Das ist letztlich nur eine Steuersubvention. Wer viel verdient bekommt auch viel zurück. Selbstständige bekommen sogar alles zurück. Wer wenig verdient, hat seine Werbekostenpauschale von 1200 Euro. Da sind dann schon viele Kilometer drin. Letztlich ist das ein unsoziales System. Und es ist ökologisch kontraproduktiv. Deswegen wird es sicher nochmal auf den Prüfstein kommen.

Mindestlohn

Frage: In der nächsten Legislaturperiode wird das Thema flächendeckender Mindestlohn mit Sicherheit wieder auf der Tagesordnung stehen. Herr Porsch, ihre Partei fordert einen Mindestlohn von zehn Euro. Ist diese Forderung in der strukturschwachen Region Oschatz mit einem niedrigen Lohngefüge realistisch?

Peter Porsch: Ich bin der Meinung, dass Mindestlohn eine Art der Wirtschaftsförderung ist. Denn konsequent durchgesetzt, wird die Lohnhöhe dann als Faktor im Wettbewerb zurückgenommen. Denn jeder muss den Mindestlohn bezahlen. Damit erhält die Qualität des

Produkts einen ganz anderen Stellenwert. Wir halten die zehn Euro aus heutiger Sicht als erreichbar, nicht unbedingt als sofort bezahlbar. Ich sage, dass das für die Wirtschaft positiv ist, weil so Kaufkraft entsteht.

Frage: Meinen Sie nicht, dass Mindestlöhne in Deutschland mit der Konkurrenz aus den umliegenden Staaten die deutsche Wirtschaft kaputt machen?

Peter Porsch: Sie müssen Mindestlohn da zahlen, wo gearbeitet wird. Die Differenzierung unter den Ländern müssen wir im Moment hinnehmen. Aber wozu haben wir die EU? Auf Dauer wird es um eine Vereinheitlichung der Mindestlöhne in der EU gehen.

Frage: Die FDP ist gegen einen Mindestlohn. Liegen Sie da auf Parteilinie, Herr Horbas?

Rainer Horbas: Ja. Ich glaube, dass durch einen Mindestlohn Arbeitsplätze verloren gehen werden – gerade im Niedriglohnssektor. Ein Handwerker wird sich bei einem Mindestlohn überlegen, ob er überhaupt noch jemanden einstellen kann. Zweitens, ob er die Leute, die bereits für ihn arbeiten, noch halten kann. Wir können nicht sagen, dass es einen Mindestlohn geben soll und uns dann nicht überlegen, wie das finanziert werden soll. Gerade in einer strukturschwachen Region wie Oschatz hat ein Handwerker nicht die Möglichkeit, die Lohnerhöhungen eins zu eins an seine Kunden weiterzugeben. Wir müssen an einer anderen Schraube drehen. Wir müssen die Abgabenlast für die Arbeitnehmer reduzieren, damit ihnen netto mehr im Portemonnaie verbleibt. Was die FDP präferiert, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass Arbeitnehmer mit ihrem Einkommen nicht über die Runden kommen, ist ein Mindesteinkommen. Überall dort wo das Mindesteinkommen nicht erreicht wird, soll steuerfinanziert ein Aufbau gezahlt werden.

Peter Porsch: Sie erschaffen keinen Arbeitsplatz, indem sie die Abgabenlast senken. Es gibt keinen Unternehmer, der



Peter Porsch (Die Linke)

deswegen einen Arbeiter zusätzlich einstellen würde, wenn er ihn nicht braucht. Er freut sich in so einem Falle bloß über die geringere Last.

Manfred Kolbe: Wenn sich das wirtschaftliche Problem mit Mindestlohn lösen ließe, wäre ich für Mindestlöhne von 15 oder 20 Euro. Wir haben aber ein doppeltes Problem. Das eine sind Löhne von drei, vier, fünf Euro, die einfach sitzenwidrig sind. Es gibt ja auch einen entsprechenden Paragraphen im BGB. Den

hätte ich gerne konkretisiert, um eine absolute Untergrenze zu haben. Das andere Problem ist, dass es ein Lohngefüge gibt. Das heißt, ein Unternehmer muss



Manfred Kolbe (CDU)

langjährigen oder besser ausgebildeten Arbeitern mehr zahlen, als unausgebildeten, jungen Leuten. Ein Mindestlohn von zehn Euro führt zu einem Lohngefüge, dass für viele Unternehmer hier in der Region gar nicht bezahlbar ist.

Jens Kabisch: Die Summe, die die SPD ins Spiel bringt sind 7,50 Euro. In Deutschland geht der Wettbewerb zu Lasten der Arbeitnehmer. Es gibt hier mehr als eine Million Menschen, die Aufstocker sind. Die den ganzen Tag arbeiten und dann noch zum Arbeitsamt gehen müssen, weil ihr Lohn zu niedrig ist, um damit zu leben. Das ist eine Sauerei. In Deutschland bewegt sich die Lohnspirale im Moment nach unten. Dagegen muss man dringend etwas tun. 17 EU-Staaten haben uns vorgemacht, dass ein Mindestlohn keine oder fast keine negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben muss.

Peter Hettlich: Bei uns steht 7,50 Euro Mindestlohn im Wahlprogramm. Das war ein langer Diskussionsprozess, weil wir uns da lange an die Gewerkschaften hielten, die gesagt haben, Hände weg vom Mindestlohn. Ich muss aber auch sagen, ich würde mich schämen, wenn ich einen Lohn von 7,50 Euro nicht zahlen kann. Da würde ich mich lieber selbst ausbeuten. Realität ist auch, dass die Jungen nicht bereit sind, für so niedrige Löhne zu arbeiten. Das führt zu dem Problem der Überalterung der Fachkräfte. Das ist gerade für die Firmen in Nordsachsen ein Problem, da sie die Fachkräfte, die sie brauchen, gar nicht mehr kriegen.

Bürgernähe

Frage: Herr Hettlich und Herr Kolbe haben bereits Erfahrungen im Berliner Bundestag. Können sie Ihrer Erfahrung nach, die Anliegen der Bürger der Region tatsächlich nach Berlin transportieren? Oder fühlen sie sich letztlich nur als Parteisoldaten?

Manfred Kolbe: Die wichtigste Aufgabe des Abgeordneten ist es, seine Region zu vertreten. Ich habe bereits Büros in Oschatz, Torgau, Delitzsch und Riesa. Zum Stichwort politische Projekte kann ich sagen, dass ich einiges durchsetzen konnte, wie das Vertriebenenzuwendungsgesetz. Sie können auch als Einzelner oder als kleinste Gruppe etwas erreichen. Regional ist die Einfügung der B

87n in den Bundesverkehrswegeplan ein Erfolg für mir. Was die Frage nach dem Parteisoldaten betrifft, habe ich in zahlreichen Punkten auch anders abgestimmt. Ich bin auch beim Thema Afghanistan anderer Meinung als die Partei.

Peter Hettlich: Das konnte ich so auch beobachten. Ich schätze an Herrn Kolbe, dass er zu den unabhängigen Geistern zählt. Wir haben damals beide gegen Hartz IV gestimmt und beide von unseren Fraktionen die Ohren langgezogen bekommen. Ich selbst bin ja über die Landesliste in den Bundestag gekommen und habe, weil ich hier aus dem Kreis komme immer schon ein Büro in Oschatz gehabt. Die anderen sind in Pirna und Chemnitz, weil wir insgesamt nur zwei Grüne in Sachsen sind und uns eine größere Region teilen müssen. Die Arbeit in den Regionalbüros ist sehr wichtig. Da versucht man, den Bürgern, egal ob sie von der Linken oder der FDP kommen, zu helfen. Ich denke, dass ist auch über die Fraktionsgrenzen so.

Frage: Herr Kabisch, wenn Sie in den Bundestag gewählt werden, können die Bürger in Oschatz mit einem Regionalbüro in der Stadt rechnen?

Jens Kabisch: Ich habe mir mehr Bürgernähe auf die Fahnen geschrieben. Es wird sicher mehrere Büros und auch eines in Oschatz geben. Von Parteigehorsam halte ich übrigens nicht viel. Ich bin Kommunalpolitiker und weiß um den Reiz der Kommunalparlamente. Da wird meist Sachpolitik fernab von Parteizugehörigkeiten betrieben und das möchte ich gerne nach oben transportieren.

Peter Porsch: Ich halte Bürgerbüros für eine Selbstverständlichkeit. Daher wird es auch bei mir nicht anders sein.

Rainer Horbas: In Delitzsch werde ich wohl ein Büro eröffnen. Ich halte es nicht unbedingt für notwendig hier in Oschatz eines zu haben, da ich hier wohne und erwarte, dass mich die Bürger wie bisher ja auch, auf der Straße ansprechen. Zu meiner möglichen Arbeit im Bundestag kann ich sagen, dass ich erreichen will, dass man den Landkreis Nordsachsen in Berlin wahrnimmt.

Gesteinsabbau

Frage: Der geplante Gesteinsabbau bewegt die Gemüter in den Gemeinden Liebschützberg und Cavertitz. Herr Kolbe, Sie haben eine Resolution gegen den Gesteinsabbau unterschrieben. Können Sie als Bundestagabgeordneter das Vorhaben verhindern?

Manfred Kolbe: Natürlich nicht alleine. Ich habe mich immer gegen den Gesteinsabbau gewendet, weil er der Region überhaupt nicht nutzt. Ich sehe zwei Möglichkeiten den Abbau zu verhindern. Das eine ist das Bergrecht, das wir bereits geändert haben. Da galt im Westen, dass Sand, Stein und Kies eigentümergehörig sind, im Osten wurde DDR-Recht fortgeschrieben. Aber da haben wir eine Angleichung erreicht. Das gilt leider nicht für die Gebiete, für die eine Abbaugenehmigung bereits erteilt wurde. Wir haben aber noch einen zweiten Weg, zumindest für Liebschützberg, wo die Genehmigung meines Erachtens bereits abgelaufen ist.

Frage: Auch die FDP in der Region stellt sich hinter die Abbaueegner. Widerspricht das nicht dem Image als unternehmerfreundliche Partei?



Rainer Horbas (FDP)

Rainer Horbas: Das erscheint vielleicht im ersten Moment widersprüchlich, aber Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Es handelt sich um ein Gebiet, das dabei ist, sich zu einer touristisch interessanten Region zu entwickeln. Da würden wir uns mit dem Gesteinsabbau nur eine Chance verbauen.

Frage: Als Grüner sind Sie selbstverständlich gegen den Gesteinsabbau, Herr Hettlich. Wo sehen Sie den Weg?

Peter Hettlich: Als einziger Bergrechtsexperte im Bundestag, habe ich mich mit dem Thema genau auseinandergesetzt. Wir haben eine komplette Neuformulierung des Bundesberggesetzes geschrieben, die auf jeden Fall kommen wird. Das heißt Abschaffung der Bergfreiheit, Bodenschätze kann nur noch abbauen, wer den Grund und Boden erwirbt. Auch die Möglichkeit der Enteignung, die es heute noch gibt, ist erschwert. Wir haben als einzige Partei die Änderung des Bergrechtes in unserem Wahlprogramm eingeschrieben. Die Taktik in Cavertitz und Liebschützberg ist, auf Zeit zu spielen und mit allen Mitteln dagegen zu kämpfen, da die Abbaugenehmigung leider nicht so leicht zu widerrufen ist. Es wird sicher ein langer Kampf werden.

Gespräch: Hagen Rösner, Frank Hörügel, Kerstin Leppich